

Verstärkte Abwehr in Nahost

Bagdad-Pakt bleibt bestehen — Beistandshilfe der USA

London (dpa/ap). Die Aufrechterhaltung des kollektiven Sicherheitssystems im Nahen Osten und eine stärkere Beteiligung der USA an dem westlichen Verteidigungsbündnis in diesem Gebiet sind die wichtigsten Ergebnisse der Ministerstagung des Bagdad-Paktes in London. In einer gemeinsamen Erklärung, die von den Regierungschefs Großbritanniens, Persiens, Pakistans, und der Türkei sowie von dem amerikanischen Außenminister Dulles unterzeichnet wurde, betonten die teilnehmenden Länder ihre Entschlossenheit, jeder Aggression im Nahen Osten Widerstand zu leisten. Der Notstand sei heute größer als je zuvor.

Die Frage der weiteren Mitgliedschaft des Iraks in dem Verteidigungsbündnis wurde in der Erklärung nicht angesprochen. Es wurde lediglich mitgeteilt, daß die zuständigen Regierungen gegenwärtig prüfen, ob „der Pakt und seine Organisation irgendwelche wesentlichen Änderungen erfahren sollen“ oder ob das Bündnis in seiner gegenwärtigen Form weitergeführt werden soll.

Die USA erklärten sich bereit, „im Interesse des Weltfriedens und gemäß der bestehenden Ermächtigung durch den amerikanischen Kongreß, mit den Unterzeichner-Nationen dieser Erklärung über ihre Sicherheit und Verteidigung zusammenzuarbeiten“. In der gemeinsamen Erklärung heißt es an dieser Stelle weiter: „Die Vereinten Nationen werden sich unverzüglich an Übereinkommen beteiligen, die dazu bestimmt sind, diese Zusammenarbeit zu verwirklichen.“

Zweiseitige Bündnisse

Dieser Passus wurde in zuständigen Kreisen der britischen Hauptstadt dahin ausgelegt, daß sich die amerikanische Regierung bereit erklärt habe, die volle Verantwortung eines Mitglieds der Faktorganisation zu übernehmen, ohne jedoch dem Bündnis im juristischen Sinne als Vollmitglied beizutreten. In diplomatischen Kreisen rechnet man damit, daß die USA in aller Kürze mit den Unterzeichnern der Erklärung

zweiseitige Verteidigungsbündnisse abschließen werden, um die Sicherheit und Verteidigungskraft der Paktmitglieder zu stärken.

Außenminister Dulles gab Großbritannien, der Türkei, Persien und Pakistan die Zusicherung, daß die USA selbst im Falle eines Kriegsrisikos ihre Verbündeten nicht im Stich lassen würden. Dulles, der diese Erklärung nach der Eröffnung des Ministerrates der Paktstaaten durch den briti-

schen Premierminister Macmillan abgab, beschuldigte die Sowjetunion, mit der Kriegsfurcht der Menschheit zu spielen und betonte, die USA seien nicht bereit, diesen Preis zu bezahlen.

Dulles forderte die Paktstaaten, die außer dem Irak vollzählig vertreten waren, nachdrücklich auf, den nördlichen Eckpfeiler des Verteidigungsschildes zu einem festen Bollwerk gegen jede sowjetische Infiltration im Nahen Osten auszubauen. Zu den arabischen Einigungsbestrebungen sagte Dulles: Staatspräsident Nasser sei nach Ansicht der USA nicht der Vertreter des echten arabischen Nationalismus. Die US-Regierung glaube nicht, daß Nasser an einem dauerhaften Staatsgebilde baue, da die Grundlagen, auf die er sich stütze, ungesund seien.

So wurde König Feisal ermordet

Sein Tod wird bedauert — Ein Augenzeuge berichtet

Amsterdam (dpa). Als erstem westlichen Journalisten, der den Umsturz im Irak miterlebt hat, gelang es dem dpa-Fotoreporter Karl Brayer, Bagdad wieder zu verlassen. Er traf in Amsterdam ein, wo er einen Bericht über den Sturz der irakischen Monarchie gab. Demnach ging die Revolte von einer Eliteeinheit der irakischen Armee unter Führung des jetzigen Ministerpräsidenten Karim Kassem aus, der zur Unterstützung König Husseins gegen eine Offiziersrevolte in Jordanien ausgesandt werden sollte. Nach der Munitionsausgabe an die Truppe umstellte sie in der Nacht das königliche Palais, während Offiziere in das Gebäude eindringen. Der den Offizieren entgegentretende Onkel des Königs, Abdul Illah, wurde aufgefordert, sich zu ergeben.

Als er der Palastwache den Wink gab, die Eindringlinge zu erschießen, erwiderten diese das Feuer und machten alles nieder, was sich ihnen in den Weg stellte.

König Feisal ist bei diesem Gemetzel nicht sofort getötet worden, sondern starb erst zwei Tage später an den Folgen der ihm zugefügten Verletzungen. Die Leiche Abdul Illahs übergab man der Menge, die mit ihr zwei Tage lang durch die Stadt zog. Später zerstückelte der Mob die Leiche, ebenso wie die des ehemaligen Ministerpräsidenten Nuri es Said. Von seiten der aufständischen Offiziere wird der Tod des Monarchen bedauert. Sie weisen allerdings darauf hin, daß die Orgie den Pöbel von Gewalttaten gegen die in der Stadt lebenden Vertreter des Westens ablenkte.

Chrustschows Konferenz?

K. W. B. Das Gipfeltreffen der Großmächte wird kommen. Es wurde freilich nicht, wie Chrustschow es wollte, am 22. Juli begonnen, und es wird auch nicht am Montag anfangen, wie der sowjetische Regierungschef in seiner letzten Blitzantwort wünschte. Aber die Behendigkeit, mit der der Herr des Kreml plötzlich alle Bedingungen des Westens annahm, um seine Konferenz mit Amerikas Präsidenten zu bekommen, wird einen New-Yorker Termin innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen erzwingen. Es ist kein Zweifel, daß der Plan dieser Konferenz auf höchster Ebene und seine bevorstehende Verwirklichung das Werk Chrustschows ist. Die von ihm zu dieser Zusammenkunft genötigten Mächte aber haben es nun in der Hand, aus dem Treffen einen Erfolg für ihre Politik zu machen.

Wie kann das geschehen? Der Westen ist als Einheit ein ständig problematischer Faktor. Die Nahost-Krise hat wieder einmal bestätigt, daß in kritischen Situationen das System der Konsultationen und Absprachen untereinander nur sehr mangelhaft funktionieren kann. Wohl haben die Amerikaner ihre Verbündeten über ihre Intervention im Libanon benachrichtigt. Doch sie glaubten, so schnell und unbeflußt handeln zu müssen, daß sie Rat und Zustimmung ihrer Freunde oder mindestens eines großen Teils ihrer Freunde vorher nicht haben abwarten können.

Das hat Verstimmung und Bedenken ausgelöst. Sie sind besonders im Rat der Atlantikpakt-Staaten besprochen worden. Und sie haben auch zu mancherlei — freilich aufgebauscht — Gerüchten über die verschiedene Beurteilung der amerikanisch-britischen Aktionen im Nahen Osten geführt.

Militärisch-politische Aktionen müssen Gemeinschaften, die aus Völker-Individualitäten gebildet sind, selbstverständlich immer

in einen Zustand des Nachdenkens und des gesonderten Abwägens versetzen. Sie brauchen Zeit und Gedankenaustausch, um das Notwendige oder Abwegige solcher Aktionen einzusehen und zu billigen. Diese Zeit möchte ihnen der sowjetische Regierungschef nehmen. Es ist indessen klar, daß er den Anschluß an den für ihn wichtigsten Termin nicht mehr erreicht; denn die Beratung über die Notwendigkeit des Eingreifens im Vorderen Orient ist abgeschlossen. Mag auch wohl von manchem Partner der westlichen Gemeinschaft der amerikanischen Initiator erst nachträglich seine Billigung bekommen haben — auf dem Schauplatz der Ereignisse selbst kann direkt die Sowjetunion nicht mehr eingreifen, wenn sie es nicht mit militärischen Mitteln zu tun versucht. Daß sie sich außerdem die große Gelegenheit entgehen ließ, die Amerikaner im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit ihrer Stimme zum schnellen Weggang aus dem Libanon aufzufordern, wird Chrustschow noch als die nachhaltigste Niederlage dieses Jahres einsehen müssen.

Wenn nun in vielleicht vierzehn Tagen Chrustschow im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sitzen wird, kann er nicht mehr als der propagandastüchtige Fürst des Friedens gegen das Land auftreten, in dem er dann zu Gast sein wird. In dieser Zeit wird sich noch mehr als bis heute herausgestellt haben, daß der Eingriff Amerikas im Libanon eine Aktion zur Verhütung gewaltsamer Veränderungen im Vorderen Orient gewesen ist. Inzwischen wird man einsehen gelernt haben, daß — wie schief auch immer die amerikanische Nahost-Politik der Geschenke an die Falschen gewesen sein mag — die arabischen Länder in ihrer Gesamtheit jetzt vor einer gefährlichen Entwicklung standen. Es ist nicht einmal notwendig, den in einigen amerikanischen Zeitungen veröffentlichten Informationen nachzugehen, nach denen Nasser mit Chrustschow für die nächsten Wochen angeblich ein ganzes System von „Freiwilligen“-Ak-

tionen verabredet haben soll. Es genügt zu beobachten, wie temperamentvoll der Kreml alle ideologischen und realpolitischen Bedenken über den Haufen wirft, um sich jetzt unter allen Umständen in den Stunden der Nahost-Entscheidung als Mitspieler in Szene zu setzen.

Die Westmächte haben in zehn Jahren kaum eine eindrucksvolle und einhellige Nahost-Politik zu entwickeln vermocht. Die Ereignisse der letzten Wochen haben sie nun um so mehr vor klare Entscheidungen gestellt, als statt der Mitsprache, die Chrustschow ersehnt, ihm die Schuld vorgehalten werden kann, die Moskau an der unruhigen und anorganischen Entwicklung im Nahen Osten hat. Es ist durchaus vorstellbar, daß sich das Forum von New York, das Chrustschow suchte, um vor allem Amerika anzuklagen, zu einer Konferenz für die Freiheit der von Moskau unterdrückten Völker und für die Freiheit von kommunistischen Einflüssen überhaupt entwickelt. Da die Bundesrepublik darauf dringen muß, daß jede Gipfelkonferenz, wo und wann immer sie stattfindet, nicht an ihrem eigenen Freiheitsproblem vorübergeht, wird sie, wenn diese Gelegenheit mit bestem Willen und mit aller Energie wahrgenommen wird, auch in New York vertreten sein. Die Freiheit der arabischen Völker muß auch das Interesse der westlichen Welt sein. Es lag nur am Ungeschick der gutgemeinten politischen Führung des Westens, daß die Völker des Vorderen Orients in den Sog des sowjetischen Imperialismus geraten konnten. Im Schatten der Kanonen, die zwar noch bereit, aber schon vor der Demontage stehen, sollte der Westen in der Lage sein, die Chrustschow-Konferenz in New York zu einer Konferenz für die Freiheit zu machen.

Nasser schießt auf Kuweits Öl

Scheich Abdullah Salem al Sabah bedrängt — Brennpunkt Persischer Golf?

P. London (Eig.-Ber.). Mit Besorgnis hat London die Nachricht vernommen, daß der Staatspräsident der Arabischen Republik, Nasser, nicht nur mit Chrustschow in Moskau, sondern anschließend auch mit dem Scheich von Kuweit, Prinz Abdullah Salem al Sabah, in Damaskus verhandelt hat. Obwohl die britische Regierung hofft, daß die Welle der nationalen Erhebungen zum Stillstand kommen wird, lassen die Presseberichte aus dem Nahen Osten sehr deutlich zum Ausdruck kommen, daß Nasser sein Ziel, einen gesamten vereinigten arabischen Machtblock zu schaffen, energisch weiterverfolgt.

Nach dem Besuch syrischer Truppenverbände hatten Nasser und der Scheich von Kuweit eine längere Unterredung, über deren Inhalt zwar Stillschweigen herrscht, aber man weiß, daß der Scheich nicht nur freundschaftliche Beziehungen zu Syrien und Saudi-Arabien, sondern auch zu Ägypten unterhält und daher Großbritannien und den USA zum Ausdruck gebracht hat, daß er fremde Truppen in seinem Fürstenreich nicht dulden würde. Er erklärte, daß seine eigene Armee für Ruhe und Ordnung sorgen könne.

Kuweit besitzt eine Gesamtbevölkerung von 205 000 Einwohnern, von denen 115 000 Ausländer sind, darunter 7000 Briten und Amerikaner. Von diesen fast 200 000 Arabern sind 80 v.H. offensichtlich nasserfreundlich. Inwieweit die 3000 Soldaten und Polizisten Kuweits auf Nassers Seite stehen, ist unbekannt. Aber man weiß, daß Nassers Vertrauensleute in sämtlichen Schlüsselstellungen sitzen und darf daher annehmen, daß sich im Falle eines Aufstandes der Scheich von Kuweit schwerlich auf seine bewaffneten Streitkräfte verlassen kann. Bereits vor einem Jahr berichteten englische Zeitungen, daß beispielsweise Kuweit über 65 neuerrichtete Schulen verfüge, die sämtlich mit englischem Geld erbaut wurden, deren Lehrkräfte aber zum

überwiegenden Teil aus ägyptischen Nationalisten beständen.

Großbritannien, das sich mit den Vereinigten Staaten den Ölreichtum von Kuweit teilt, führte im vergangenen Jahr für 370 Mill. Pfund Sterling Rohöl aus Kuweit ein. Über die Hälfte

des in Großbritannien benötigten Rohöls stammt heute aus diesem kleinen Fürstentum am Persischen Golf, das 120 Quadratkilometer Ölfelder mit 132 Quellen besitzt. Allein 60 Mill. Tonnen Rohöl wurden im Jahre 1957 von Kuweit exportiert.

Wirtschaftswunder im Vorderen Orient

Vor noch nicht so langer Zeit erklärte einer der britischen Diplomaten, der in Vorderasien tätig ist, daß Kuweit niemals kommunistisch oder arabischnationalistisch werden würde, weil es das Geld der westlichen Welt zu dringend benötige. Man schloß sich dieser Vermutung in englischen Regierungskreisen an, da man wußte, daß die Sowjetunion weder das Geld noch den Bedarf für Öl hat, um die Nachfolgerschaft der bisherigen Absatzländer antreten zu können. Man sagte sich weiter, daß auch Nasser in gewisser Weise am Reichtum und Wohlstand aller arabischen ölexportierenden Länder profitiere und daher von politischen Zwangsmaßnahmen Abstand nehme.

Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben jedoch die bisher vermutete Theorie in drohende Besorgnis verwandelt. Kuweit ist heute nur von Englandgegnern umgeben, der Einfluß Nassers ist stärker denn je und Kuweit ist nicht in der Lage, sich diesem Einfluß zu entziehen. Gewiß leben der Scheich und sein Land von den 1,2 Mill. Pfund Sterling, die der Staatskasse des Landes wöchentlich überwiesen werden. Aber auf der anderen Seite darf man auch nicht übersehen, daß Kuweit heute über eine derartige Gold- und Devisenreserve verfügt, daß es ohne weiteres seine Ölquellen für längere Zeit stilllegen kann. Es wäre lange Zeit in der Lage, von seinem Kapital zu leben.

Man vergißt heute vielfach, daß sich dieses kleine, ölfreiche Gebiet am Persischen Golf zu einer Art „Musterlande des Orients“ entwickelt. Nicht nur das deutsche, sondern auch das kuweitsche Wirtschaftswunder sollte Beachtung finden. Kein

Land der Welt ist, entsprechend seinen Größenverhältnissen, wohlhabender als Kuweit. Die einstmaligen Nomaden, Kameltreiber, Perlenfischer, Hammelhirten und Schmuggler sind heute hochbezahlte Industriearbeiter, selbständige Geschäftsleute, Hauseigentümer oder Farmer mit den teuersten amerikanischen Luxusautos, elektrischen Waschmaschinen, Zentrifugen und automatischen Plattenspielern. Sie schicken ihre Kinder kostenfrei in Schulen und lassen sie auf Universitäten in Ägypten studieren.

Infolge der gesunden wirtschaftlichen Lage strömten Menschen aus allen Teilen Arabiens, Asiens und Afrikas in das Land. 100 000 Ausländer nahm Kuweit seit dem Jahre 1946, als die ersten Ölquellen in Betrieb gesetzt wurden, auf. Damit verdoppelte sich die Bevölkerung des Landes, aber zugleich mit diesem Strom Arbeitssuchender kamen auch die politischen Agenten, die derart geschickt ihre Mission erfüllten, daß der weise Scheich vermutlich heute nicht mehr weiß, wen er von seinen Untertanen als Freund und wen er als Feind zu bezeichnen hat.

Daß dem Scheich ein in Freundschaft verbundener Nasser genauso lieb ist wie es die ihn durch ihr Geld erhaltenden Briten sind, ist daher nur zu verständlich. Im Grunde seines Herzens mag er den bisherigen Zustand seiner Unabhängigkeit sicherlich fortgesetzt sehen. Aber die am Persischen Golf versammelten Beobachter glauben feststellen zu müssen, daß Nasser mit Leichtigkeit das ferne und sicherlich nicht ganz so erfolgreiche Großbritannien ablösen wird, weil der Scheich von Kuweit nicht das Schicksal König Feisals teilen möchte.

„Grundschule der Bevölkerung“

190 000 Mitteldeutsche unter Waffen — Die Remilitarisierung der Sowjetzone

Das gespaltene Deutschland ist ein doppeltes Deutschland. Es beherrscht heute zwischen Rhein und Oder auch zwei Armeen. Über das Entstehen einer dieser Armeen, ihre Struktur und Größenordnung veröffentlichte vor kurzem das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen einen Bericht. Er ist der „Aufrüstung in der sowjetischen Besatzungszone“ gewidmet. Auf die Angaben dieses Berichts stützt sich nachstehende Darstellung.

In diesen Tagen wurde ein Jahrestag stillschweigend übergegangen, der nicht unterschlagen werden sollte. Vor zehn Jahren, im Juli 1948, begann die Wiederaufrüstung Mitteldeutschlands. Die sowjetische Militäradministration befahl unter der Tarnkappe „Kasernierte Volkspolizei“ die Aufstellung von Ausbildungs- und Stammverbänden einer deutschen Armee. Ihre Infanterie-, Artillerie-, Panzer-, Pionier- und Nachrichteneinheiten waren die Bausteine eines militärischen Gebäudes, das dann 1956 offiziell das Firmenschild „Nationale Volksarmee“ erhielt.

Heute dienen in diesen Streitkräften 110 000 Mann. Ihnen stellt die Sowjetunion alles, was eine Armee benötigt: Vorbilder, Ausbildungsvorschriften und Waffen. Wobei allerdings die Waffenlieferungen zu kurz kommen. Die Statistiken der „Volksarmee“ weisen beträchtliche Differenzen zwischen dem Soll- und Istbestand ihrer Ausrüstung auf. So sind bisher etwa 30 von 100 Kraftfahrzeugen nur auf dem Papier vorhanden. Die Zahl der Artilleriewaffen ist noch gering. Ebenso liegt die Ausrüstung der 11 000 Mann starken Luftstreitkräfte hinter den Planzielen zurück.

Nach sowjetischem Vorbild

Nach den Worten des Zonenverteidigungsministers Stoph soll die „Volksarmee“ eine Grundschule der männlichen Bevölkerung sein. Stoph läßt es an Härte in dieser Grundschule nicht mangeln. Getreu dem sowjetischen Vorbild verbringen die Einheiten einen Großteil ihrer Ausbildung im Sommer und Winter, Tag und Nacht auf den Truppenübungsplätzen. Seit 1957 wird auch der Angriff mit taktischen Atomwaffen einstudiert, obwohl diese Waffen der Zone bisher von der So-

wjetunion vorenthalten werden. Die Zonenregierung hat die Stärke der Volksarmee von Anfang an beschränkt und sie als übersichtliche, verlässliche Kaderarmee angelegt. Dennoch wird ihr Einsatzwert für die Sache des Kommunismus von Zeit zu Zeit in Zweifel gezogen. Erst kürzlich klagte Verteidigungsminister Stoph auf dem V. Parteitag der SED über das „politische Bewußtsein“ der Armeemitglieder.

Dieses „Bewußtsein“ ist in den Streitkräften der Zone einer ständigen Kontrolle unterworfen. Die Arbeit der Politverwaltung erstreckt sich vom Verteidigungsministerium bis in die Kompanien. Allein in den Divisionen arbeiten je 14 Funktionäre an Schulung und Überwachung der Soldaten. Ihr Arm reicht bis in das Privatleben des letzten Rekruten. Eine ausschließlich für die „Volksarmee“ eingesetzte Hauptabteilung des SSD hat ihr Netz geheimer Mitarbeiter und Informanten in allen Einheiten ausgelegt.

Wie alle Diktaturen

Wie alle Diktaturen stützt sich das Zonenregime auf mehrere militärische Verbände. Ihr unabhängiges Nebeneinander dient als Sicherheitsfaktor vor dem in einer Notsituation möglichen Ungehorsam eines Truppenverbandes. So unterhält Pankow neben der „Volksarmee“ drei militärisch verwendbare Polizeitruppen: die Grenz-, Bereitschafts- und Transportpolizei. Sie unterstehen dem Innenministerium und sollen vor allem die innere Sicherheit des Staates garantieren.

Die Bereitschaftspolizei bestand ihre erste „linientreue Probe“ bereits am 17. Juni 1953. Sie wurde aus den damals eingesetzten Wachbataillonen

des SSD aufgebaut und umfaßt heute 25 000 Mann. Die an der Zonengrenze, dem Ring um Berlin, der Ostsee, sowie an Oder und Neiße stationierte Grenzpolizei verfügt über 42 000 bis 46 000 Angehörige, zusammen mit den an besonderen „Stützpunkten“ zu Spitzeldiensten eingesetzten „Helfern“. Die zur Sicherung des Verkehrs wesens geschaffene Transportpolizei zählt 8000 Mann.

„Scharfschützen von morgen“

Die „Gesellschaft für Sport und Technik“ und die „Betriebskampfgruppen“ spielen eine entscheidende Rolle in der Militarisierung der Zone. Die 1952 zur Wehertüchtigung der Jugend gegründete GST zählt zur Zeit 550 000 eingeschriebene Mitglieder. Ihr Vorsitzender, der Spanienkämpfer und ehemalige Generalinspekteur der „Kasernierten Volkspolizei“ Stamer läßt am Sinn des Gelände-, Schieß-, Flug- und Seesports und des technischen Sports der Gesellschaft keinen Zweifel aufkommen. Bei seiner Amtsübernahme 1955 erklärte er es als seine Aufgabe, „die Gesellschaft von ihren zivilen Elementen zu reinigen und daraus in kürzester Frist eine straffe militärische Massenorganisation zu machen“. Das Zentralorgan der FDJ die „Junge Welt“ feiert bereits heute die Sportschützen der GST als „Scharfschützen von morgen“.

Die dem Verteidigungsministerium unterstellte GST ist seit 1956 planmäßig in den Aufbau einer Zonen-Miliz einbezogen, zu der auch die „Betriebskampfgruppen“ der SED gerechnet werden müssen. Sie wurden 1953 auf Geheißbeschlusses des Zentralkomitees ins Leben gerufen und erhielten als Vorbild die „Arbeiterbataillone der tschechoslowakischen Volksrepublik, die 1948 die Konterrevolutionäre verjagten“. Ihre Stärke wird auf 250 000 Mann geschätzt, die vier Stunden wöchentlich außerhalb der Arbeitszeit zu Straßen- und Geländekämpfen eine Schießausbildung erhalten.

„Sozialistisch“ ist nicht demokratisch

Anfeindungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Wenn in den Selbstverpflichtungen, Resolutionen und Pressemeldungen der SED, die ein Selbstbestimmungsrecht für den Libanon fordern, das Wort „Libanon“ mit „Sowjetzone“ vertauscht würde, dann könnte die Wiedervereinigung unseres Landes in wenigen Wochen vollzogen sein. Grenzenlos sind die Schimpfkanonaden in der gesamten Provinzpresse gegen die „Kolonialräuber“, „Unterdrücker“, „Erpresser“ usw. Ein Leser in Mitteldeutschland dürfte sehr schwer in der Lage sein, sich eine richtige Vorstellung von den Vorgängen in Nahost zu machen.

NAUMBURG

Schlechte Begleitmusik zum Grotewohl-Kommuniqué Kirche-Staat: Eine SED-Kindergärtnerin entdeckte im Keller des evangelischen Kinderheims „Friede“ einen schreienden Jungen. Er hatte seine Hörschen naß gemacht, hatte einen Klaps bekommen und war in den Kohlenkeller gesperrt. So umstritten der Vorgang sein mag, die SED-Presse benutzte diesen Fall zu einer Hetze gegen die Kirche. „Buntfarbige Heilige, gereimte und ungereimte Verse“ würden in diesem Kinderheim um Ergebenheit in ein gottgewolltes Schicksal werben. Eine SED-Kommission stellte fest, es hätten saubere Zustände im Heim geherrscht, aber in den Köpfen würde Verwirrung gestiftet. Unter dem Zeichen des Kreuzes und unter der segnenden Hand Gottes würden junge, biegsame Kindergemüter zu Egoisten, Denunzianten und Unterdrückern gedrillt, würden Angst, Ungerechtigkeit und Verschlagenheit gezüchtet, aber Einschüchterung, Züchtigung, Gewalt und Denunziantentum hätten in der sozialistischen Gesellschaft keinen Platz mehr.

DRESDEN

Kampf gegen die „Laubenpieper“. Die Zeit der Gartenfeste erfüllt die Schrebergärten nicht mit reiner Freude. Die Laubenkolonisten wurden von der SED beschimpft, weil sie mit Musik und Bier in „alther-

gebrachter“ Weise ihre Sommerfeste veranstalteten. Sie sollten diese Gartenfeste mit sozialistischer Kultur erfüllen und Agitprop-Gruppen auftreten lassen. In politischen Sketchen müßten auch die Schrebergartenbesitzer die „westlichen Dunkelmänner karikieren, die auch Feinde der Gärtner seien“.

An alle Bürger des Bezirks Dresden! So lautet eine Aufforderung, eine vorgeschriebene Postkarte an den Generalsekretär der UN, Dag Hammarskjöld, zu schicken. Die Aufforderung lautet: Bitte, schneiden Sie noch heute die nebenstehende Postkarte aus. Keine Hausgemeinschaft, keine Feriengemeinschaft und kein Betriebskollektiv darf versäumen, durch ihre Unterschrift gegen den feigen Überfall der Amerikaner und Briten zu protestieren! Frankieren Sie die Postkarte mit 85 Pfennig und schicken Sie sie unverzüglich ab.

Stahlwerker, Genossenschaftsbauern, Lehrer und Schüler mußten Solidaritätsverpflichtungen „für die um ihre Freiheit kämpfenden Araber“ eingehen. Die „Sächsische Zeitung“, Dresden, meldete am 21. Juli, daß die deutsche Bundeswehr in höchster Alarmbereitschaft stünde, um mit Gewalt fremdes Land zu besetzen und auszubeuten.

LEIPZIG

Die sozialistische Schule wollen die Kraftwerker des VEB „Dimitroff“, Leipzig, fördern. In Ausspracheabenden hieß es: „demokratisch ist nicht gleich sozialistisch“, — jetzt müsse die nächste Stufe der Entwicklung, die sozialistische Schule, mit Hilfe des polytechnischen Unterrichts erreicht werden.

In Leipzig gibt es jetzt 38 PGH (handwerkliche Produktionsgenossenschaften). Dies wird als Ergebnis des V. Parteitages der SED bezeichnet. Im Kulturpark Clara Zetkin fand am 20. Juli das Fest der 30 000 Lichter statt. Fallschirmsprünge sah man neben einem

Bootskorsos, Sportschaukämpfe neben Tanzveranstaltungen.

REICHENBACH (VOGTL.)

Der Tanz fiel aus. Nämlich in der „Tonhalle Reichenbach“. Am vergangenen Sonnabend mußten 900 tanzlustige Jugendliche feststellen, daß die Tanzkapelle Eby Wedler nicht erschienen war. Die SED hatte der im Vogtland beliebten Jazzkapelle den Berufsausweis entzogen, weil sie durch Rock'n Roll im negativen Sinne auf die Jugend eingewirkt habe. Das Schaurchester Eby Wedler war im ganzen Vogtland außerordentlich beliebt, weil es abgelehnt hatte, volksdemokratische Schulzen zu spielen. Dem Kapellmeister wurde jetzt vorgeworfen, er würde die Jugend nicht im sozialistischen Sinne erziehen.

CHEMNITZ

Erstes sozialistisches Dorf wurde Hennersdorf. Im Bezirk Chemnitz haben sich in einem Dorf alle Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit verpflichtet. Der „freiwillige“ Eintritt wurde erreicht, weil die selbständigen Bauern keine Hilfe durch die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft mehr bekamen. Die Milch der Einzelbauern blieb am Wege stehen, nur die Milch der LPG-Bauern wurde in die Melkerei gefahren. Die SED-Zeitung „Volksstimme“ meldet den Eintritt von Bauern in die LPG als „Antwort der Werktätigen an die imperialistischen Kriegstreiber.“

Agitprop-Trupps im Einsatz: Die Musikgruppe des VEB Kraftverkehr Chemnitz musizierte und lockte die Einwohner zu einem Ausspracheabend über den V. Parteitag. Ein Sketsch wurde eingeleitet mit dem Vers: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“

Das Filmtheater „Europa“ wurde als sozialistisches Kino mit sozialistischen Filmen eröffnet. Ein Besucherrat soll so-wjetische Filme popularisieren. Die gegenwärtig breiteste Leinwand der Sowjetzone von 16 Meter Breite ist in diesem Kino zu sehen.

Wie lebt man heute in Stettin?

III. Mit der Rückfahrkarte über die Oder-Neiße-Linie

Heute veröffentlichen wir den Abschlußbericht über die Verhältnisse in den polnisch verwalteten Ostgebieten — gesehen mit den Augen einer Westdeutschen, die ihre Schwester in Stettin besuchte. Was begegnet ihr weiterhin auf den Gängen durch die Stadt?

Die Jakobikirche ist verschwunden, deren Orgel in einem Pfeiler das Herz des unsterblichen Balladenkomponisten Karl Loewe hütete, ebenso das alte 1245 entstandene Rathaus am Neumarkt, dessen architektonische Schönheit weit bekannt war. Die ganze Unterstadt ist ein Trümmerfeld.

Das neue Rathaus blickt noch mit ausgebrannten Mauern auf die Grüne Schanze herab. Der geräumige Marktplatz dort ist zu einer Rasenfläche umgestaltet worden. Die wenigen Marktfrauen, die etwas feilzubieten haben, sitzen mit ihren Waren auf der Rampe oberhalb davon. Von der Heilige-Geist-Straße, an deren einer Ecke noch die Mauern des Kargerschen Kaufhauses stehen, schlägt Frau Irmgard sich nach der Hakenterrasse durch, wobei sie vielfach sogar auf dem Gehweg noch Trümmerreste antrifft.

Auf der Hakenterrasse hat sich mit Ausnahme der Aussicht nur wenig verändert. Die Anlagen um das Zentaurenstandbild vor dem Museum sind sogar wie früher mit Blumen bepflanzt. Aber was ist aus dem größten deutschen Ostseehafen geworden! Wie stolz schweifete früher der Blick von dieser ehemaligen Festungsbastei über die Wasserarme mit ihren ladenden und löschenden Schiffen bis an den Dammschen See hin! Jetzt ist von der Hakenterrasse aus auch nicht ein einziger Dampfer zu sehen.

Kleider aus Stoffresten

Und was gibt es heutzutage im polnisch verwalteten deutschen Osten zu kaufen? Im Warenhaus, das wie alle Geschäfte in Stettin staatlich ist, befindet sich, als Frau Irmgard es betritt, kein einziger Kunde. Niemand hat Geld für größere Anschaffungen. Gewöhnlich sind die am meisten gefragten Waren auch gar nicht vorhanden, selbst Brot- und Toilettenpapier nicht. Wenn es etwas zu kau-

fen gibt, muß man meist Schlange danach stehen, sogar im Hochsommer nach Tomaten.

Mullbinden liegen im Warenhaus aus. Sie werden hin und wieder zu dem Zweck gekauft, Gardinen daraus zu machen. Richtige Gardinen kann sich nämlich kaum jemand leisten. Nur die allerwenigsten Fenster in Stettin haben jetzt Gardinen.

Auf dem Markt am Rathaus bieten einige Schneiderinnen Kleider an, die sie aus verschiedenen Stoffresten gemacht haben. Sonst hocken auf dem Markt nur noch schmutzige, zerlumpte Gestalten, die für verrostete Nägel und Schrauben und gebrauchte Leitungshähne Käufer suchen. Auch einen alten Gaskocher wollen sie absetzen.

Fische werden am Bollwerk nicht mehr gehandelt. Frische Fische gibt es in Stettin überhaupt nicht mehr zu kaufen. Die Fänge müssen von den Fischern an das Kühlhaus abgeliefert werden. Und wie wimmelte es am Bollwerk früher von Aalen, Barschen, Bleien, Hechten, Plötzen und Zandern!

Besuch in Greifenhagen

Einer ihrer Abstecher aus Stettin führte Frau Irmgard in ihre Geburtsstadt Greifenhagen, die jetzt Gryfino heißt. Hier sind nur die Außenbezirke bewohnt. Die Innenstadt ist fast ganz ein Trümmerfeld. Die Kirche steht noch, aber das Rathaus ist verschwunden. Die Baustraße schließt im Hintergrund noch das Bahner Tor ab, aber an einer Straßenseite sind nur drei Häuser erhalten geblieben. Das einzige Gebäude, das in der Fischerstraße den Krieg überstanden hat, beherrscht jetzt das „Gryf-Kino“. Vor dem zerstörten Warenhaus Radefeld ist noch der Firmenname zu lesen. Der Zugang an die Reglitz ist durch hohe Zäune abgesperrt und, wie mehrere Schilder verraten, „nur für Fischer erlaubt“.

Frau Irmgard erkundigt sich bei einigen Polen, die sie auf der Straße trifft, ob es in Greifenhagen noch Deutsche gäbe. „Im Milchgeschäft“, wird ihr gesagt, „ist noch eine alte Frau, die Deutsche ist.“ Frau Irmgard sucht sie auf, erfährt aber kaum etwas von ihr. Ihr Mann und ihr Sohn sind seit langem in Frankfurt. Sie wartet jeden Tag auf die Aussiedlung und traut sich deshalb nicht zu sprechen, weil sie befürchtet, ihre Aussiedlung durch eine Außerung zu gefährden.

Kinder ohne Spielzeug

Wie schnell sind die 14 Tage für Frau Irmgard und ihre Tochter in Stettin vergangen, in dieser alten deutschen Stadt, die zum größten Teil noch gar nicht östlich der Oder-Neiße-Linie liegt, aber trotzdem unter polnische Verwaltung gekommen ist!

Während dieser Zeit hat Frau Irmgard, obwohl sie sehr viel unterwegs gewesen ist, nur zwei Frauen getroffen, die Strümpfe trugen, und ihr ist auf den Straßen nur ein Kind aufgefallen, das ein Spielzeug hatte.

„Andenken“

„Was haben Sie sich denn für ein Andenken aus Stettin mitgebracht?“ erkundigte ich mich bei Frau Irmgard, nachdem sie mir von ihren Eindrücken und Erlebnissen in unserer gemeinsamen Heimatstadt berichtet hatte. „Mehrere!“ antwortete sie. „Ich werde sie Ihnen zeigen. Sehen Sie: diese Kaffeekanne mit der Inschrift ‚Konzerthaus Stettin‘ hat mir meine Schwester geschenkt, damit sie mich immer an die pommersche Heimat erinnere. Interessanter sind aber diese Schächtelchen, in denen ich mir verschiedene Warenproben mitgebracht habe. Sehen Sie, so sieht das Mehl aus, das in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten verkauft wird, so der Zucker!

Ich weiß heute nicht mehr, wie lange es nach der Besichtigung dieser Warenproben gedauert hat, bis das erste Wort wieder über meine Lippen gekommen ist. nom

Neue Exportpanne der Sowjetzone

Maschinenanlage für indonesische Zuckerfabrik ungeeignet

B. Djakarta (Eig.-Ber.). Die sowjetzonale Industrie hat in Indonesien einen schweren Prestigeverlust erlitten. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Antara ist die Montage einer Zuckerfabrik, deren maschinelle Ausrüstung von volkseigenen Betrieben der Sowjetzone geliefert worden war, zu einem Skandal geworden, durch den die indonesische Wirtschaft einen empfindlichen Schaden erlitten hat.

Im einzelnen wird berichtet, daß das sowjetzonale Ministerium für Außenhandel vor einiger Zeit den Auftrag für die komplette technische Ausstattung einer Zuckerfabrik in Djogjakarta übernommen hatte. Um diesen Auftrag zu erlangen, hatte die Pankower Regierung den Indonesiern einen Kredit von 100 000 000 Rupias gewährt. Die Anlage sollte im Hinblick auf die Termine der Zuckerrohrernte — bis zum 5. Juni betriebsfertig sein. Bei Eröffnung der neuen Fabrik stellte sich nicht etwa ein teilweises Versagen der Anlagen heraus, sondern die gesamte maschinelle Einrichtung konnte nicht in Gang gebracht werden. Ob-

wohl sich die sowjetzonalen Fachleute in den folgenden Tagen in pausenlosem Einsatz bemühten, die Fehler zu beheben, verlief auch der zweite Versuch, die Fabrik in Betrieb zu nehmen, ergebnislos. Inzwischen sind große Mengen von Zuckerrohr verdorben.

Aus Kreisen des sowjetzonalen Außenhandelsministeriums wird hierzu bekannt, daß Sachverständige davor gewarnt hatten, diesen riskanten Auftrag zu übernehmen, da man

für eine sorgsame Ausführung der Anlagen keine Gewähr übernehmen könne. Die bedingungslose Unterwerfung Ulbrichts unter die Moskauer Direktive der Wirtschaftshilfe für die nah- und fernöstlichen Staaten, in denen man den kommunistischen Einfluß verstärken oder befestigen möchte, hat nun eine Blamage eingebracht, die — nach Ansicht dieser Fachleute vorauszu sehen war. Es ist erinnerlich, daß kürzlich in Schweden bei Aufstellung eines aus der Sowjetzone exportierten Industriebetriebes ähnliche Schwierigkeiten aufgetreten waren.

Chruschow trank nur Selters

Gegenüber Nasser drohte er den USA mit Superwaffen

Kairo (ap). „Wir Russen haben Waffen, mit denen man leicht die amerikanische 6. Flotte in Särge aus geschmolzenem Stahl für ihre Besatzungen verwandeln könnte.“ Diese Äußerung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschow gab in der Kairoer Zeitung „Al Ahram“ einer der ägyptischen Journalisten wieder, die Präsident Nasser bei seinem letzten Besuch in Moskau begleiteten. Chruschow habe dort bei einem Essen erklärt, die westlichen Gegner würden „gern die Hälfte ihres Lebens geben, wenn sie an Nasser herankommen und ihn vernichten könnten.“ Chruschow habe hinzugefügt: „Aber sie werden niemals diese Gelegenheit haben — niemals.“

Chruschow trank auf „den Sieg der Araber“. Er erklärte: „Verzweifelter Widerstand wird den Imperialisten nicht im geringsten helfen. Ich sehe ihre Niederlage völlig klar. Aber sie sehen ihr wahres Selbst nicht. Und komischerweise halten sie sich immer noch an demokratische Begriffe und nehmen Zuflucht zur Religion. — Trotz alledem, wenn dieser Gott, an den Dulles zu glauben behauptet, tatsächlich existiert, dann bin ich sicher, daß ich diesem

Gott näher wäre als Dulles, der sich als sein Priester aus gibt.

Chruschow, der sich wegen Nassers alkoholfeindlicher Religion auf Selterswasser beschränkte, befand sich trotzdem in gehobener Laune, und fuhr fort: „Der Westen kann sich

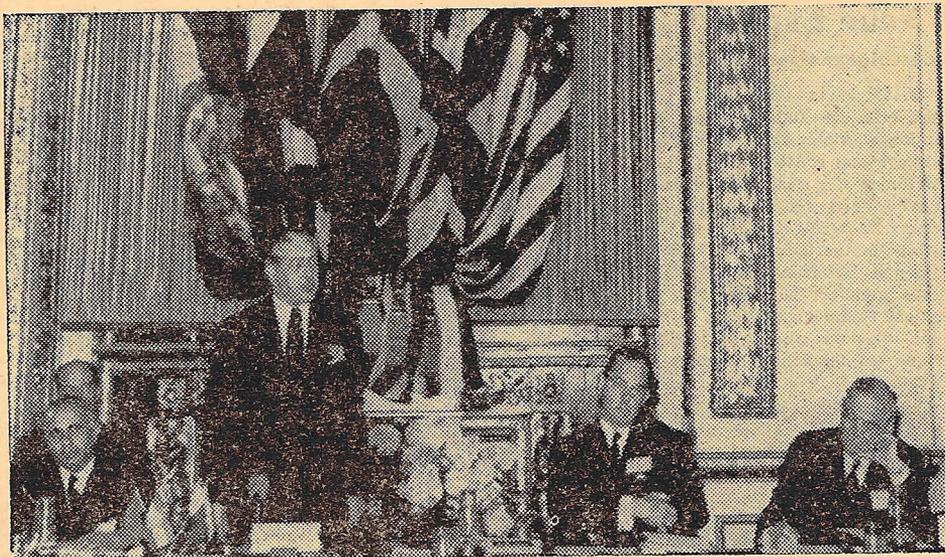
75 Tote in Algerien

Algier (ap). Einheiten der französischen Armee haben mit Unterstützung von Kampfflugzeugen eine 120 Mann starke algerische Rebellengruppe auf gelieben. 75 Aufständische wurden getötet, 16 gefangen genommen. Ein von den Franzosen seit langem gesuchter Führer der Aufständischen, Slimane Belaidi, stellte sich der französischen Armee und bat um Schutz vor seinen politischen Gegnern. Belaidi war von Mitgliedern seiner Aufständischengruppe des Verrats verdächtigt und gefoltert worden.

nicht vorstellen, wie stark wir sind. Diese Sechste Flotte, mit der sie wie Kinder im Mittelmeer herumspielen und deren Kommando sie einem außergewöhnlich dummen und törichtem Admiral übergaben, wie leicht könnte sie vernichtet werden.“

Weltfrontkämpferverband lobt „Arzt von Stalingrad“

Berlin (dpa). Das Präsidium des Weltfrontkämpfer-Verbandes hat beschlossen, eine Patenschaft für den deutschen Film „Der Arzt von Stalingrad“ zu übernehmen. Wie die Zeitung „Der Heimkehrer“ berichtet, habe der Generalsekretär des Verbandes den Film wegen seiner „hohen Qualitäten“ besonders gewürdigt und ihn als eine „Botschaft für den Weltfrieden“ bezeichnet. Diese Anerkennung steht in Gegensatz zu einem Protest der Sowjetbotschaft in Ostberlin, die wegen der Aufführung des Films in Westberlin vorstellig geworden war, weil der Film das deutsch-sowjetische Verhältnis empfindlich störe.



BILDER DER WOCHE: Oben: Bagdad-Pakt ohne Bagdad. In Abwesenheit eines Vertreters des Mitgliedstaates Irak eröffnete Premierminister Macmillan die Konferenz des Bagdad-Paktes. Rechts neben Macmillan der amerikanische Botschafter in London, John Hay Whitney, und Außenminister Dulles, die als Beobachter an der Konferenz teilnehmen. — Unten: Der britische Oberbefehlshaber Generalleutnant Sir Roger Bower (links) stattete König Hussein von Jordanien (Mitte) in seinem Palast in Amman einen Besuch ab. Rechts der britische Botschafter Johnson.

